

LITERATUR

Die Europäische Union in der Krise. Diagnosen und Therapien

Eckhard Jesse*

Als Winston Churchill vor 70 Jahren, am 19. September 1946, bei seiner berühmten Rede an die akademische Jugend in Zürich¹ davon sprach, eine „Art Vereinigte Staaten von Europa“² sei zu erreichen, so war und ist das für manche, etwa für den deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier, ein Aufruf zur europäischen Einigung. Tatsächlich wollte Großbritannien, fixiert auf das Commonwealth, bei der Einheit Europas nicht dabei sein, sie jedoch unterstützen und beschützen. So sieht es heute wieder aus.

Die Geschichte der Europäischen Union ist eine Geschichte ihrer Krisen. Ebenso überspitzt ließe sich formulieren: Ihre Geschichte ist eine Geschichte des Erfolges.³ Für beides gibt es vielfältige Argumente. Befassen wir uns mit der Krise: Dieses Wort wird im Zusammenhang mit der Europäischen Union ubiquitär gebraucht – die Zahl der wissenschaftlichen Arbeiten, die es in letzter Zeit im Titel oder Untertitel aufführen, ist Legion.⁴

Peter Graf Kielmansegg: *Wohin des Wegs, Europa?* Beiträge zu einer überfälligen Debatte, Nomos: Baden-Baden 2015, ISBN: 978-3-8487-1966-2; 163 Seiten, € 29,00.

Stefan Kadelbach (Hrsg.): *Die Europäische Union am Scheideweg: mehr oder weniger Europa?*, Nomos: Baden-Baden 2015, ISBN: 978-3-8487-2211-2; 246 Seiten, € 64,00.

Das Votum im Juni 2016 über den Brexit dürfte ein ebenso gravierender – wenn nicht ein noch größerer – Einschnitt sein wie das Scheitern des Vertrages über eine Verfassung für Europa im Mai und Juni 2005 durch Referenden in Frankreich und in den Niederlanden, also in zwei Gründungsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Der emeritierte Mannheimer Politikwissenschaftler *Peter Graf Kielmansegg* bemängelt in seinen sieben, aus verschiedenen Anlässen entstandenen und größtenteils schon, unter anderem in der Frankfurter Allgemeinen Zei-

* Prof. em. Dr. Eckhard Jesse, von 1993 bis 2014 im Fach Politikwissenschaft Inhaber des Lehrstuhls „Politische Systeme, politische Institutionen“ an der Technischen Universität Chemnitz.

1 Zum Hintergrund dieser Rede und zur damaligen Atmosphäre vgl. Werner Vogt: Kein Ehrendokortitel, dafür tosender Applaus, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 12.9.2016.

2 Zitiert nach: http://www.zeit.de/reden/die_historische_rede/200115_hr_churchill1_englisch (letzter Zugriff: 10.9.2016); die Rede ist abgedruckt in einer neuen Übersetzung von Dirk Rumberg bei Frank-Walter Steinmeier: *Europa ist die Lösung – Churchills Vermächtnis*, Salzburg 2016, S. 44-53.

3 Vgl. Wilfried Loth: *Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte*, Frankfurt am Main/New York 2014; Uwe Andersen (Hrsg.): *Das Europa der Bürger. Europa besser verstehen und daran mitwirken*, Schwalbach am Taunus 2014.

4 Vgl. aus jüngster Zeit etwa: Jenny Preunkert/Georg Vobruba (Hrsg.): *Krise und Integration. Gesellschaftsbildung in der Eurokrise*, Wiesbaden 2015; Falk Illing: *Die Euro-Krise. Analyse der europäischen Strukturkrise*, Wiesbaden 2013; Ingolf Pernice et al.: *Die Krise demokratisch überwinden*, Baden-Baden 2012.

tung,⁵ veröffentlichten „Beiträgen zu einer überfälligen Debatte“⁶ zu Recht das Fehlen einer offenen Auseinandersetzung über die europäische Einigung und ihre Zukunft. Er spricht sogar von einem „Konsenskartell der politischen Klasse“, „ein[em] Kartell, das nicht nur dem Wähler in europäischen Angelegenheiten kein wirkliches Mitentscheidungsrecht zugestand, sondern auch den Raum öffentlicher Auseinandersetzung über Europapolitik eng eingrenzte“.⁷

Plädoyer für eine „lernende Europapolitik“

Seine Zwischenbilanz über „das europäische Projekt“ fällt ambivalent aus. Zu den Aktiva zählen die Sicherung des Friedens und die Schaffung von Wohlstand, zu den Passiva eine unkritische Integrationsdynamik, die Vernachlässigung des Subsidiaritätsprinzips, die Erweiterung der europäischen Einheit auf Kosten ihrer Vertiefung und die Relativierung des Rechts (etwa in der Währungskrise). Der Satz aus Art. 125 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ein Staat hafte nicht für die Verbindlichkeiten eines anderen Staates, wurde in der Praxis ad absurdum geführt. Kielmansegg, der gegen die These der „Alternativlosigkeit“ votiert, plädiert für eine „lernende Europapolitik“. Sie „muss, was Etappen wie Ziele angeht, zugleich anspruchsvoller und bescheidener werden. Bescheidener, indem sie die Einsicht akzeptiert, dass eine Staatswerdung weder wünschenswert noch möglich ist. Anspruchsvoller, indem sie auch gegen Widerstände Ernst macht mit der Unterscheidung des Wesentlichen vom Unwesentlichen und ihre Kräfte

ganz anders als bisher auf das Wesentliche konzentriert. Integrationspolitisch wesentlich ist vor allem die Bündelung der Kräfte Europas auf der Weltbühne.“⁸ Das ist freilich eine Art Quadratur des Kreises, wie etwa die fehlende europäische Lösung im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise eindrücklich untermauert.

Der vom Titel höchst aktuell anmutende Text „Braucht Europa Grenzen?“ behandelt nicht die Flüchtlingskrise, sondern die Frage, wo Europa territorial aufhört. Europa habe Grenzen und müsse Grenzen behalten. Kielmansegg nennt zunächst Gründe für die Entgrenzung Europas (zum Beispiel erfahren neue Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine demokratische Stabilisierung), ehe die Gegenargumente folgen, etwa die Heterogenität der Föderation, die Handlungsunfähigkeit begünstigt. Zwar fördere der Beitritt eines Staates zur Europäischen Union die demokratische Stabilisierung, aber das könne nicht heißen, den einen oder anderen Staat deswegen aufzunehmen. „[D]ie Entgrenzung stellt sich, um es deutlich zu sagen, als ein Programm der Selbstzerstörung des europäischen Projektes dar“.⁹ Nicht Erweiterung stehe an (bei der Türkei laviert Kielmansegg etwas), sondern Vertiefung, um bessere Wege zur Lösung der Probleme in der Welt zu finden.

Bei den Beiträgen zu den Fragen, ob sich die Europäische Union demokratisch verfassen lässt, inwiefern „Demokratie und Integration“ im Widerstreit stehen und wie es um die Zukunft der Demokratie angesichts der Eurokrise bestellt ist, weiß sich der Demokratietheoretiker in seinem Element. Das zentrale Motinum ist: Die Bürger der Europäischen Union könnten nicht ihre Regierung abwählen.

5 In diesem Organ sind weitere Artikel des Autors zur Europäischen Union im Zuge der Flüchtlingskrise erschienen. Vgl. Peter Graf Kielmansegg: Was die Empörung ignoriert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.4.2015; Peter Graf Kielmansegg: Angst essen Deutschland auf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.3.2016; Peter Graf Kielmansegg: Demokratie braucht Grenzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.6.2016.

6 Peter Graf Kielmansegg: Wohin des Wegs, Europa? Beiträge zu einer überfälligen Debatte, Baden-Baden 2015.

7 Peter Graf Kielmansegg: Vorwort, in: Kielmansegg: Wohin des Wegs, Europa?, 2015, S. 7-12, hier S. 8.

8 Peter Graf Kielmansegg: Das europäische Projekt – eine Zwischenbilanz, in: Kielmansegg: Wohin des Wegs, Europa?, 2015, S. 13-33, hier S. 32.

9 Peter Graf Kielmansegg: Braucht Europa Grenzen?, in: Kielmansegg: Wohin des Wegs, Europa?, 2015, S. 35-56, hier S. 51.

Europa sei keine Kommunikationsgemeinschaft, noch keine Erinnerungsgemeinschaft, am ehesten eine Erfahrungsgemeinschaft. Was meint Kielmansegg mit diesen drei Kategorien? Eine Kommunikationsgemeinschaft könne Europa schon wegen seiner Vielsprachigkeit nicht sein. Eine Verständigung sei angesichts der nationalstaatlich ausgerichteten Massenmedien schwerlich möglich. Es fehle an einer gemeinsamen Erinnerungsgemeinschaft, ungeachtet erster Ansätze dazu, hervorgerufen durch das Bewusstsein, Kriege in Europa gehörten der Vergangenheit an. Die Erfahrungsgemeinschaft, mit fließenden Grenzen zur Erinnerungsgemeinschaft, weist die größte Perspektive auf – die Europaidee beginne zu wirken. Allerdings habe der Osten Europas andere Erfahrungen gemacht, nur langsam lasse sich an eine gemeinsame Erinnerung anknüpfen. Für Kielmansegg mangelt es daher an einer politischen Identität der Europäer. Zwischen Demokratie und Integration bestehe ein Spannungsverhältnis. Seine Kernthese lautet: Die fortschreitende Integration gehe auf Kosten demokratischer Legitimität. Integration habe einen Preis, der „partiell mit der Münze Demokratie zu zahlen ist“.¹⁰ Kielmansegg plädiert für realistische Nüchternheit, nicht so sehr für „das visionäre Hinausdenken über das Wirkliche und Mögliche“.¹¹ Die Währungskrise stifte nicht Eintracht, sondern säe Zwietracht. Allerdings sieht er keinen rechten Ausweg aus der Krise.

Während Kielmansegg im Text „Das Bundesverfassungsgericht und Europa“ ein (freilich nicht unwichtiges) Detailproblem berührt (er hält das Diktum des Gerichts für richtig, wonach die Bundesrepublik nicht ohne Zustimmung des Volkes in einen europäischen Bundesstaat umzuwandeln ist), zielt sein letzter Beitrag über das „Integrationsziel Politische Union“ aufs Ganze. Dieser mehrdeutige Schlüsselbegriff wird seziert. Selbst die glühendsten Verfechter einer Staatswerdung Eu-

ropas redeten nicht eigens davon, sei es aus taktischen Erwägungen, sei es aus realistischer Einsicht. Der Autor, der für eine offene Erörterung der Frage nach dem Sinn eines europäischen Staates plädiert, spricht Klartext: Ein europäischer Bundesstaat – weder realistisch noch wünschenswert – „von beinahe 30 Nationalstaaten, jeder mit seiner eigenen Sprache, seiner eigenen Geschichte, seiner besonderen kulturellen und politischen Prägung, kann nicht ein Bundesstaat im herkömmlichen Verständnis werden“.¹² Kielmansegg macht sich die bekannte Formel vom Gebilde *sui generis* zu eigen. Zu Recht weist er auf das Paradoxon hin, dass gerade bei großen Krisen die Zentralisierungsdynamik nicht angemessen zum Tragen kommt. Die mangelnde Koordination in der Flüchtlingspolitik ist ein handfestes Beispiel für die von Kielmansegg beklagte Handlungsunfähigkeit der Europäischen Union.

Kielmansegg trägt seine Argumente in geschliffener Sprache differenziert vor, relativiert die eigenen Relativierungen, wartet, typisch für sein Vorgehen, auch in anderen Publikationen, mit Fragen auf, nicht mit rhetorischen und suggestiven. Auf diese Weise möchte er den Leser an den eigenen Überlegungen teilhaben lassen. Die Stärke Kielmanseggs besteht darin, dass er es sich in der Auseinandersetzung mit anderen Positionen nicht leicht macht und darauf verzichtet, einen Popanz aufzubauen. Obwohl die Texte zu verschiedenen Zeiten entstanden sind, fällt der Band mit seiner Kritik an der Sakralisierung des europäischen Projektes ‚rund‘ aus.

Mehr Europa? Weniger Europa?

Im Jahr 2014 fand in Frankfurt am Main das von der Fritz Thyssen Stiftung geförderte XIII. Walter-Hallstein-Kolloquium statt. Da-

10 Peter Graf Kielmansegg: Demokratie und Integration – zwei europäische Projekte im Widerstreit?, in: Kielmansegg: *Wohin des Wegs, Europa?*, 2015, S. 79-94, hier S. 92.

11 Peter Graf Kielmansegg: Die Eurokrise und die Zukunft der Demokratie, in: Kielmansegg: *Wohin des Wegs, Europa?*, 2015, S. 95-113, hier S. 94.

12 Peter Graf Kielmansegg: Integrationsziel Politische Union. Überlegungen zu einem uneindeutigen Schlüsselbegriff, in: Kielmansegg: *Wohin des Wegs, Europa?*, 2015, S. 135-162, hier S. 156.

raus ist der von dem Frankfurter Staatsrechtslehrer *Stefan Kadelbach* herausgegebene Band über „[d]ie Europäische Union am Scheideweg“¹³ hervorgegangen.¹⁴

Die Kernfrage lautete: Soll die Europäische Union ihre Kompetenz erweitern (etwa mit Blick auf die Fiskalhoheit), oder soll sie einen Rückbau unternehmen (etwa mit Blick auf die Wirtschafts- und Währungsunion)? Kadelbach erörtert in seiner Einleitung diese Problematik anhand von Pro- und Kontra-Positionen. Die Argumentationslinien sind höchst komplex. Der Herausgeber verweist einleitend auf die restriktive Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon, in der es dem „Dogma von der Unverfügbarkeit der deutschen Staatsidentität“¹⁵ folgt, und damit auf die Grenzen einer grundlegenden Reform. Selbst gravierende Kompetenzverluste des Bundestages ließen sich nicht einfach durch Kompetenzzuwächse des Europäischen Parlamentes ausgleichen. Allerdings, und hier pflichtet der politikwissenschaftlich ausgebildete Rezensent dem Juristen bei, sollte „[d]ie Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts [...] nicht mit der Verfassung selbst gleichgesetzt werden; auch kann sie am Ende mehr politischen Gestaltungsspielraum belassen als es zunächst den Anschein hat“.¹⁶ Ob freilich die folgende Aussage stimmig ist? „So müssen Beiträge, die den Blick auf eine unter vielleicht geän-

derten rechtlichen Bedingungen gestaltete Zukunft richten, nicht weniger realistisch sein als die, die Reformen skeptisch gegenüber stehen“.¹⁷

Im ersten Teil des Bandes („Mehr oder weniger Europa?“), in den *Martin Winter* einführt, votiert der Bonner Jurist *Christian Hillgruber* für eine Kompetenzbescheidung der Europäischen Union, während der Mannheimer Volkswirtschaftler Winter gerade umgekehrt für mehr Integration plädiert. Im zweiten Teil („Brauchen wir eine Gemeinsame Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik?“), den *Astrid Wallrabenstein* vorstellt, erörtert die Wirtschaftswissenschaftlerin *Beatrice Weder di Mauro* unter dem Schlagwort „Fiscal Capacity“ die Frage nach einem gemeinsamen Haushalt, und *Thorsten Kingreen* analysiert die europäische Sozialpolitik, die für ihn in einer Krise ist. In den dritten Teil („Methode und Geometrie“) führt der Mainzer Rechtswissenschaftler *Uwe Volkmann* kundig ein. Der Göttinger Jurist *Frank Schorkopf* spricht sich im Kern gegen ein supranationales Handeln aus, der Züricher Politikwissenschaftler *Frank Schimmelfennig* für eine differenzierte Integration¹⁸ der Staaten im europäischen Gebilde. Im vierten Teil („Wege zu einer vertieften Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“) folgt der Einführung von *Bernd Martenczuk* nur eine einzige Analyse: die des Rechtswissenschaftlers *Thomas Gie-*

13 Stefan Kadelbach (Hrsg.): Die Europäische Union am Scheideweg: mehr oder weniger Europa?, Baden-Baden 2015.

14 Die jährlichen Walter-Hallstein-Kolloquien seit 2001 – nur 2012 gab es keines – befassen sich mit einschlägigen Europa-Problemen, so das X. Kolloquium mit den rechtlichen Rahmenbedingungen der Europäischen Union, das XI. Kolloquium mit der Frage nach der Solidarität und das XII. mit den Folgen der Staatsschuldenkrise. Die Referate auf den Tagungen 2015 („Wettbewerb der Systeme: System des Wettbewerbs in der EU“) und 2016 („Die Welt und Wir. Aktuelle Fragen der Außenbeziehungen der Europäischen Union“) liegen noch nicht in publizierter Form vor. Vgl. Stefan Kadelbach (Hrsg.): Nach der Finanzkrise. Rechtliche Rahmenbedingungen einer neuen Ordnung, Baden-Baden 2012; Stefan Kadelbach (Hrsg.): Solidarität als Europäisches Rechtsprinzip?, Baden-Baden 2014; Stefan Kadelbach/Klaus Günther (Hrsg.): Europa: Krise, Umbruch und neue Ordnung, Baden-Baden 2015.

15 Stefan Kadelbach: Einleitung: Von der Krise zur Reform?, in: Kadelbach (Hrsg.): Die Europäische Union am Scheideweg, 2015, S. 11-22, hier S. 16.

16 Ebenda, S. 18.

17 Ebenda.

18 Frank Schimmelfennig: Variable Geometrien. Differenzierung, Integration und Demokratie, in: Kadelbach (Hrsg.): Die Europäische Union am Scheideweg, 2015, S. 115-130, hier S. 127.

gerichts, vielleicht deshalb, weil sich die Notwendigkeit einer gemeinsamen Sicherheitspolitik von selbst versteht. Der Autor diagnostiziert in dem längsten (mit einem Fünftel des Bandes) und wohl besten Beitrag bei der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union ein Effektivitäts-, ein Demokratie- und ein rechtsstaatliches Defizit. Giegerich benennt die Defizite glasklar, bewertet sie und präsentiert – vor allem – Wege zu ihrer Behebung. Er verwirft eine „kleine Lösung“ und plädiert für eine „große“ durch eine prinzipielle Änderung des Vertrags: „Der Prozess ist einfach; es braucht nur den nötigen politischen Willen in allen Mitgliedstaaten.“¹⁹ „Einfach“? „Nur“? Wäre es nicht besser, von ‚kompliziert‘ und ‚immerhin‘ zu reden? Im fünften, höchst aufschlussreichen Teil („Eine Reform der institutionellen Architektur Europas?“) kommen nach der Einführung von *Philipp Dann* die beiden Juristen Franz C. Mayer (Bielefeld) und Joachim Wieland (Speyer) sowie die publizistisch aktive Politologin Ulrike Guérot zu Wort. Mayer bietet konkrete Reformperspektiven – so plädiert er für eine Reform des Euro-Protokolls. Nicht so bescheiden wie er argumentiert in zugespitzter Form *Wieland* mit drei Kernthesen: „1. Wir brauchen mehr Europa. 2. Wir werden mehr Europa bekommen. 3. Das Grundgesetz steht mehr Europa nicht entgegen und das Bundesverfassungsgericht wird sich mehr Europa nicht entgegenstellen.“²⁰ *Guérot*, seit 2016 Europapolitik an der österreichischen Donau-Universität Krems lehrend, entfaltet ihre auf Regionen und dem

Subsidiaritätsprinzip basierende Utopie einer europäischen Republik („Res Publica Europaea“²¹), die transnational und solidarisch organisiert ist. Sie hat diese 2016 in einem Buch zur Diskussion gestellt und dafür viel Aufmerksamkeit geerntet, weit über den Kreis der „Europolitiker“ hinaus.²² Die Idee²³ ist originell, aber wie sieht es damit aus, sie zu verwirklichen? Nicht gut! Die Sprachenvielfalt steht dem ebenso entgegen wie das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl.

Leider führt der Herausgeber den folgenden Sachverhalt nicht an, wohl aber *Guérot*: Bringt die Leitfrage ‚mehr oder weniger Europa‘ die Problematik tatsächlich angemessen auf den Punkt? Denn wer Skepsis gegenüber spezifischen Integrationsschritten erkennen lässt, muss deswegen nicht für ‚weniger Europa‘ sein. Und wer euphorisch jedweden Integrationsschritt gutheißt, erreicht unter Umständen ‚weniger Europa‘. Die Erinnerung an Max Webers Unterscheidung zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik mag in diesem Zusammenhang hilfreich sein.

In dem Band sind Texte von Juristen, Volkswirtschaftlern und Politikwissenschaftlern versammelt. Auf diese Weise wird eine breite Palette an Positionen deutlich, wobei es sich von selbst versteht, dass die Konfliktlinie nicht zwischen den Fächern verläuft. *Cum grano salis* gilt: Hier sind Juristen etwas weniger für ‚mehr Europa‘ als Politologen und Wirtschaftswissenschaftler, wobei einige Beiträge sich einer solchen Einordnung entziehen.

19 Thomas Giegerich: Wege zu einer vertieften Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik: Reparatur von Defiziten als „kleine Lösung“, in: Kadelbach (Hrsg.): Die Europäische Union am Scheideweg, 2015, S. 135-182, hier S. 182.

20 Joachim Wieland: Mehr Europa!, in: Kadelbach (Hrsg.): Die Europäische Union am Scheideweg, 2015, S. 211-216, hier S. 211.

21 Ulrike Guérot: Res Publica Europaea: Europa anders, in: Kadelbach (Hrsg.): Die Europäische Union am Scheideweg, 2015, S. 217-244, hier S. 244.

22 Vgl. Ulrike Guérot: Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie, Bonn 2016; siehe bereits Ulrike Guérot/Robert Menasse: Es lebe die europäische Republik!, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.3.2013.

23 Vgl. auch die Parallelen bei Helmut Wagner: Unser Europa: Die Konstruktion und Zukunft der Europäischen Union. Ein Unikat, Berlin 2016.

Krise als Chance?

Wer die beiden Schriften miteinander vergleicht, sieht in ihnen jeweils ein hohes Problembewusstsein. Dominiert bei Kielmansegg die Diagnose, so bei Kadelbach die Therapie. Beide Aspekte gehören zusammen. Eine Diagnose, gerade wenn sie düster ausfällt, verlangt eine Therapie. Während Kielmansegg vor allem demokratietheoretisch tiefeschürfend argumentiert, sind die Beiträge im Sammelband ‚handfester‘ angelegt. Kielmansegg ist insgesamt europaskeptischer als das Gros der Autoren im Reader von Kadelbach. *Dann* hält die Aussage „Europa wird in Krisen gemacht“,²⁴ auf die Gegenwart übertragen, nicht für zwingend. „Im Moment scheint vor allem Erschöpfung vorzuherrschen“.²⁵ Die Krise kann allerdings auch Ansporn zum Wandel sein und Reformen begünstigen. Die Geschichte der Europäischen Union legt davon eindrucksvoll Zeugnis ab.

Dass eine von einem einzigen Autor verfasste Schrift ein höheres Maß an Homogenität aufweist als ein Sammelband mit mehreren Autoren, liegt in der Natur der Sache. Allerdings macht Kadelbachs Edition aus der Not eine Tugend: Der Leser kann die unterschiedlichen Positionen nachvollziehen. So ist der Band bei aller Heterogenität mehr als eine Buchbindersynthese. Weder Kielmansegg noch den Mitstreitern Kadelbachs ist das Fehlen aktueller Vorgänge²⁶ vorzuwerfen. Massives ‚Reviervverhalten‘ zeigt sich etwa an dem

folgenden Befund: Der Mannheimer Politikwissenschaftler nimmt den Frankfurter Juristen nicht zur Kenntnis; vice versa gilt dies ebenso. Insgesamt ist die Textsammlung Kielmanseggs besser für einen größeren Leserkreis geeignet als der Reader Kadelbachs mit einer Reihe schwer nachvollziehbarer Aufsätze. In beiden Fällen ist im Titel vom „Weg“ die Rede. Die Autoren sind sich darüber weithin einig: Einen ‚Königsweg‘ aus der Krise gibt es nicht.

Schlagen wir den Bogen zum Anfang: Gewiss, die Europäische Union ist in einer Krise. Aber Krisen sind auch Möglichkeiten zur Gesundung. Dieser Aspekt klingt zu wenig an. Was nach ‚Verfall‘ und ‚Niedergang‘ aussieht, muss so nicht stimmen. Es hängt von der Vitalität der europäischen Staaten ab, ob sie den Ernst der Lage erkennen und Reformimpulse entfalten. Und es gilt: Nicht das Recht der Macht darf sich durchsetzen, sondern die Macht des Rechts hat in der Europäischen Union gewahrt zu sein. Ebenso muss deren Demokratiedefizit abgebaut werden. „Die Zukunft der Europäischen Union wird darum in entscheidendem Maß davon abhängen, wie weit es gelingt, Entscheidungen in der Europäischen Union transparent, kontrollierbar und korrigierbar zu machen.“²⁷ Und, auch wenn dies Churchill vor 70 Jahren anders gesehen haben mag: Großbritannien gehört zu dem „neuen Europa“²⁸. Vielleicht gibt es irgendwann den Ausstieg aus dem Brexit.

24 Philipp Dann: Einführung, in: Kadelbach (Hrsg.): Die Europäische Union am Scheideweg, 2015, S. 183-186, hier S. 183.

25 Ebenda.

26 Vgl. jetzt Peter Graf Kielmansegg: Europäische Ungleichzeitigkeiten. Versuch einer Deutung der Krise des europäischen Projektes, in: INDES, Sonderheft, Göttingen 2016, S. 40-52.

27 Loth: Europas Einigung, 2014, S. 419.

28 Zitiert nach: http://www.zeit.de/reden/die_historische_rede/200115_hr_churchill1_englisch (letzter Zugriff: 10.9.2016).